



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

27. Juni 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Stoppt den imperialistischen Krieg, der aktiv von Deutschland unterstützt wird!

Erneut haben Israel und die USA eine Bevölkerung in den Krieg gestürzt. Erneut waren sie bereit zu riskieren, dass ihr Krieg zu einem Flächenbrand wird. Im Moment ist offen, ob die Waffenruhe hält und wie es dann weitergeht. Doch eines ist sicher: Ihr Krieg gegen den Iran hat nicht für mehr Frieden und Sicherheit gesorgt. Er hat die weltweite Kriegsspirale im Gegenteil noch einmal beschleunigt.

Nach und nach stecken die imperialistischen Mächte die ganze Welt in Brand! Welche Bevölkerung wird die nächste sein, die morgens aufwacht und sieht, wie Bomben Häuser, Kliniken und Fabriken zerstören – und das Leben ihrer Familien?

Israel und die USA hatten den Krieg gegen den Iran lange vorbereitet. Israel hat ihn begonnen, nachdem es alle offensichtlichen Hindernisse aus dem Weg geräumt hat. Es hält Gaza militärisch in seiner Gewalt und regiert im Westjordanland mit eiserner Faust. Es hat die Hisbollah im Libanon, die Huthi im Jemen und das syrische Regime nach dem Sturz Assads stark geschwächt. Und nun ist der Iran dran. Die USA und Israel scheinen entschlossen, alle mit Krieg zu überziehen, die sich ihrem Machtanspruch in der Region entgegenstellen. Sie versuchen mit diesem Kriegszug auch die letzten widerspenstigen Regime im Nahen Osten ihrem Willen zu unterwerfen.

Und alle europäischen Staatschefs rechtfertigen es! Kanzler Merz hat wortwörtlich erklärt, dass Israel „die Dicksarbeit für uns alle“ mache. Sie wollen uns einreden, die iranische Bevölkerung zu bombardieren wäre eine Möglichkeit, „Frieden und Sicherheit zu schaffen“. Sonst würde das iranische Regime bald eine Atombombe haben und uns alle bedrohen. Was für eine Umkehrung aller Tatsachen!

Israel hat Atomwaffen: Ein Regime, das offensichtlich zu allem bereit ist. Das gerade zwei Millionen Palästinenser einsperrt, verhungern und töten lässt. Und das den gesamten Nahen Osten in einen Krieg nach dem anderen zieht.

Die USA haben viele Atombomben: Ein Staat, der seit Jahrzehnten für seine Machtinteressen Kriege in der halben Welt schürt. Ein Staat, dessen Präsident offen damit droht, für die Wirtschaftsinteressen der USA Grönland oder Kanada militärisch zu besetzen. Und der einzige Staat, der tatsächlich jemals die Atombombe eingesetzt hat.

Und auch mehrere europäische Großmächte verfügen über Atombomben: Staaten, die derzeit gigantisch hochrücken, um zukünftig – wie sie offen erklären – „wie die USA ihre Interessen in der Welt durchsetzen zu können“. Allein die USA können mit ihren Atomwaffen den Planeten zerstören. Aber wir sollen vor dem Iran Angst haben?

Die größte Kriegsgefahr, die größte Bedrohung für uns alle geht von den imperialistischen Mächten selber aus!

Selbst der US-Geheimdienst hat zugegeben, dass der Iran von der Atombombe weit entfernt war! Selbst nach den Regeln des „Völkerrechts“, die sie selber gemacht haben, ist ihr Krieg illegal. Doch dieselben „großen Demokratien“, die den Völkermord an den Palästinensern decken, rechtfertigen nun allesamt diesen imperialistischen Unterwerfungskrieg, der nur auf einem Recht beruht: dem Recht des Stärkeren. Wie viel Verbitterung und Hass muss dies bei all den vom Imperialismus unterdrückten Völkern hervorrufen – und was wird dieser Hass hervorbringen?

Das Empörendste war der Versuch Israels und der USA, sich auch noch als Befreier der iranischen Bevölkerung darzustellen. Als könnte man eine Bevölkerung befreien, indem man Bomben auf sie wirft!

Die iranische Bevölkerung, die Frauen, die Arbeiterklasse haben seit Jahren einen außerordentlichen Kampfgeist bewiesen. Viele träumen davon, die finstere Diktatur der Mullahs zu stürzen. Doch seit Beginn des Krieges sind sie damit beschäftigt zu überleben, während das Regime den Ausnahmezustand nutzt, um noch mehr Oppositionelle einzusperren und hinzurichten.

Und überhaupt: Welche „Befreiung“ hätte die iranische Bevölkerung von dem israelischen Regime zu erwarten, das seit 77 Jahren die palästinensische Bevölkerung auf grausame Weise unterdrückt und nun systematisch ermordet? Welche „Befreiung“ hat das US-Militär den Frauen und Männern in Afghanistan oder im Irak am Ende gebracht?

Die vom Krieg zerstörten Länder wurden zum Nährboden für diverse reaktionäre Kriegsmilizen und zu einem dauerhaften Pulverfass.

Die US-Führung hat kein Interesse daran, dass dies auch im Iran passiert. Sie ist froh, dass die Diktatur der Mullahs die verarmte und rebellische Bevölkerung seit vielen Jahren erfolgreich unter der Knute hält. Doch Trump will, dass sich dieses Regime mit seinem vielen Erdöl endlich bedingungslos der US-Vormundschaft unterwirft. Einzig darum geht es ihm.

Dieser Krieg ist ein weiterer Schritt in einer lebensgefährlichen Entwicklung, die uns alle trifft: Immer aggressiver führen die Großmächte ihren Kampf um Rohstoffe, Märkte und Einflusssphären, immer mehr setzen sie dafür auf Aufrüstung und Gewalt. Und sie sind bereit, dafür eine Bevölkerung nach der anderen – und letztlich die gesamte Welt – in den Krieg zu reißen.

Die Herrschenden in Deutschland bilden dabei keine Ausnahme. In erschreckender Geschwindigkeit bereiten sie auch uns darauf vor. Mit der stückweisen Einführung der Wehrpflicht, mit massiver Aufrüstung – und ideologisch: indem sie uns davon zu überzeugen versuchen, dass ihre imperialistischen Kriege „notwendige Dicksarbeit“ wären. Dass nur Krieg gegen eine andere Bevölkerung uns Sicherheit bringen könnte.

Das Gegenteil ist der Fall! Ihre dreckigen Kriege werden letztlich gegen uns alle geführt, gegen die einfache Bevölkerung ALLER Länder. Wenn wir Frieden wollen, müssen wir die Brandstifter bekämpfen, die diese Kriege entfachen – angefangen bei den Herrschenden in unserem eigenen Land.

Italien: Streik gegen die « Dritte Welt » mitten in Europa

Bei Prato in der Toskana arbeiten 50.000 Textilarbeiter*innen unter Bedingungen, die denen des 19. Jahrhunderts ähneln. Sie stellen dort die Luxus-Produkte für Prada, Armani, Gucci, Chanel oder Louis Vuitton her.

In den über 2.000, oftmals veralteten Textilfabriken arbeiten fast nur Migranten, vor allem aus China, Bangladesch, Pakistan oder Afghanistan. Die Bosse nutzen die Tatsache aus, dass viele keine legale Aufenthaltsgenehmigung haben, um sie gnadenlos auszubeuten: Sie arbeiten sieben Tage die Woche, 12 Stunden am Tag, für weniger als 1.000 Euro im Monat. Krankschreibungen oder Urlaubstage gibt es nicht. Teilweise wohnen sie in Schlafsälen direkt neben der Werkstatt.

Das alles übrigens mit der aktiven Unterstützung der Regierung Meloni. Diese rechtsextreme Regierung hetzt täglich gegen Migranten, macht sie für alle Probleme verantwortlich und verweigert ihnen legale Aufenthaltsgenehmigungen. Doch sie hat diese „illegalen“ Migranten gleichzeitig sehr gerne im Land, damit die Bosse sie grenzenlos ausbeuten können, für ihre Luxusprodukte „made in Italy“.



„Schluss mit 12 Stunden Arbeit. Mit 8x5 ist das Leben schöner“

Die extrem unsichere Lebenssituation und die Überausbeutung haben nicht verhindert, dass Arbeiter*innen angefangen haben sich zu organisieren, um für bessere Bedingungen zu kämpfen. Auch als ein erster Kampf in einem Betrieb 2023 mit der Entlassung aller Arbeitenden endete, hat sie dies nicht entmutigt.

Diesmal haben sich Arbeitende aus mehreren Betrieben mit jeweils nur 20 bis 30 Beschäftigten zusammengetan und sind Anfang Juni gemeinsam in den Streik getreten: mit der Forderung „8x5“, für 8-Stunden-Tage und eine 5-Tage Woche.

Sie haben Flugblätter in verschiedenen Sprachen geschrieben, um sich an ihre Kollegen zu wenden. Und so hat sich der Streik innerhalb von vier Tagen auf 28 Betriebe und hunderte Arbeitende ausgeweitet. Mit dem Ergebnis, dass 24 dieser Sklaven-Fabriken am Ende „8x5“-Verträge mit Löhnen von über 1.000 Euro unterzeichnet haben.

Diese ersten Erfolge sind eine Ermutigung für alle, die unter dem Gesetz des „Dschungels von Prato“ leiden. Und sie sind ein Beweis dafür, dass die am stärksten ausgebeuteten Arbeiter*innen auch die kämpferischsten sein können.

NATO: Volle Aufrüstung voraus!

Nun hat die NATO also tatsächlich beschlossen, dass jedes Mitgliedsland 3,5% seines Bruttoinlandsprodukts für Militär und weitere 1,5% für „kriegswichtige Infrastruktur“ ausgeben muss. Neben den USA hat sich auch die deutsche Regierung offensiv dafür eingesetzt.

Für Deutschland bedeutet dies, dass die Ausgaben für Rüstung und Militär bis 2032... auf 225 Milliarden Euro pro Jahr steigen werden, was der Hälfte des derzeitigen Bundeshaushalts entspricht! Und was diese Entscheidung erst für die ärmeren Länder in Süd- und Osteuropa bedeutet, mag man sich kaum vorstellen.

Die Herrschenden wissen, dass diese wahnwitzigen Ausgaben nur möglich sind, indem man alle sinnvollen öffentlichen Ausgaben, bei Bildung, Rente, Gesundheit drastisch zusammenkürzt und Teile der Bevölkerung ins Elend stößt.

Den Rüstungskonzernen hingegen haben sie das Festmahl ihres Lebens beschert.

Wehrdienst: Sie planen Krieg... mit unserem Leben

Das Schlimmste ist, dass sie vorhaben, diese Waffen auch einzusetzen. Und dafür brauchen sie als ersten Schritt entsprechend mehr Soldaten. Doch kaum noch jemand verpflichtet sich freiwillig bei der Bundeswehr. Warum wohl! Und so plant die Bundesregierung im gleichen Atemzug die Wiedereinführung der Wehrpflicht.

Zwar gibt es noch nicht ausreichend Kasernen, Ausbilder und Infrastruktur. Daher soll sie im ersten Schritt noch freiwillig sein. Doch schon jetzt will die Regierung gesetzlich festlegen, dass sie künftig jederzeit wieder alle jungen Männer zum Wehrdienst zwingen kann.

Die Kriegsvorbereitungen der Herrschenden werden immer konkreter. Und für sie ist es klar, dass wir diese Kriege für sie führen sollen, ob wir dies wollen oder nicht.

Keiner von uns wird sich dem alleine entziehen können. Wir können dieser Kriegsentwicklung nur gemeinsam entgegentreten.

Löcher, die wir stopfen sollen

Die neue Regierung hat massive Steuersenkungen für Unternehmen angekündigt, wovon die größten Konzerne am meisten profitieren.

Sie sollen demnächst... 48 Milliarden Euro weniger im Jahr bezahlen.

48 Milliarden Euro, die statt in die öffentlichen Kassen nun auf das Konto der reichen Aktionäre und Besitzer von VW, Siemens, LIDL, Vonovia, Bayer, E.ON, Deutsche Bank und Co. fließen.

Wenn sie wieder die Rente verschlechtern, Krankenhäuser schließen oder Angebote für Kinder streichen wollen, weil „kein Geld da ist“ – dann wissen wir, wo es zu finden ist!

Rechtsradikale stoppen Autos an der deutsch-niederländischen Grenze

Mehrmals schon hat sich in den letzten Wochen eine Gruppe niederländischer Rechtsextremer nachts an der deutsch-niederländischen Grenze postiert und hat eigenmächtig die aus Deutschland kommenden Autos gestoppt und kontrolliert. Sie wollen mit ihrer Bürgerwehr Stimmung machen, einschüchtern und verhindern, dass Asylsuchende über die niederländische Grenze kommen.

Das ist ein erschreckendes Ergebnis des immer widerlicheren Wettkampfs zwischen den Politikern in der EU, wer sein Land „am besten“ abschottet und so viele Flüchtlinge wie möglich ins Nachbarland abschiebt.

Der rechtsextreme niederländische Politiker Geert Wilders, der bis vor kurzem noch in der Regierung war, schrieb

auch gleich auf X: „So etwas sollte überall an der Grenze passieren. Nächstes Mal möchte ich gerne mitmachen!“

Überall zahlen die Arbeitenden und Ärmern den Preis dieser Entwicklung. Angefangen damit, dass die Grenzkontrollen hauptsächlich den Pendlern, LKW-Fahrern und Paketboten das Leben schwer machen.

Es sind auch nicht die saudischen Scheichs oder indischen Geschäftsleuten, denen man die Einreise verweigert. Nein, diejenigen, die man an den Grenzen jagt und aufzuhalten versucht, sind Arbeiter und Ausgebeutete wie wir.

Politiker wie CSU-Innenminister Dobrindt stellen sie als „Eindringlinge“ und scheinbar größte Gefahr dar, gegen

die jedes (auch illegale) Mittel recht wäre. Und diese widerwärtige Hetze ist obendrein eine regelrechte Aufforderung an die Rechtsradikalen, als „Bürgerwehren“ dabei mitzumischen.

Diese Entwicklung ist eine Gefahr für uns alle. Wenn das so weitergeht, patrouillieren sie bald auch als Bürgerwehren in unseren Stadtteilen und „kontrollieren“ und verprügeln alle, deren Gesicht oder Einstellung ihnen nicht passt – wie es die Rechtsradikalen zum Beispiel in Essen-Steele eine Zeit lang versucht haben.

Und was ist dann der nächste Schritt: Dass sie wie in den USA migrantische Arbeiter vorm Betrieb kidnappen und über die Grenze schaffen?

Mieten: Wer den falschen Namen hat, zahlt 10% mehr

Migranten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben, müssen im Schnitt fast 10% mehr Miete pro Quadratmeter zahlen – während sie gleichzeitig deutlich niedrigere Löhne haben.

Ein Teil der Vermieter weigert sich schlichtweg an sie zu vermieten, weshalb sie noch schwieriger eine Wohnung finden. Und andere Vermieter nutzen diese Notlage aus, um überteuerte Mieten von ihnen zu verlangen.

So viel zu der gerne verbreiteten Lüge, „die Ausländer würden alles hinterhergeschmissen bekommen“ – und deshalb gäbe es für die Deutschen keine bezahlbaren Wohnungen mehr.

Diese Lüge dient einzig dazu, uns zu spalten, damit wir unsere Wut nicht gemeinsam gegen die wahren Verursacher richten: die Wohnungs- und Immobilienkonzerne, die viel zu wenig bezahlbare Wohnungen bauen, für ihre Profite die Mieten in die Höhe treiben und damit uns allen das Leben schwer machen – ob mit oder ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Panama: kämpferische Streikwelle gegen Renten-„Reform“

In Panama gibt es seit Monaten große Kämpfe gegen die Pläne der Regierung, das Rentenalter zu erhöhen und die Rentenkassen zu privatisieren.

Die Lehrer waren die ersten, die gegen diese massiven Verschlechterungen für alle Arbeitenden in den Streik getreten sind – kurz darauf gefolgt von den Arbeitern der Bananenplantagen des US-amerikanisch-schweizerischen Konzerns Chiquita.



Arbeitende der Bananenplantagen feiern ihren ersten Erfolg

Die Plantagen-Arbeiter werden insbesondere durch den Kontakt mit den gesundheitsschädlichen Pflanzenschutzmitteln oft schon früh krank und arbeitsunfähig. Erst 2017 hatten sie erkämpft, dass Frauen bei schweren Arbeiten schon mit 54, Männer mit 58 Jahren in Rente gehen können. Und wenn sie vorher krank werden, bekommen sie eine Erwerbsunfähigkeitsrente von 80% ihres Lohns. Nun wollte die Regierung alle diese Rechte wieder abschaffen.

40 Tage haben die Arbeiter der Bana-

nenplantagen dagegen gestreikt. Und sie haben sich durch Nichts einschüchtern lassen: Nicht einmal, als Chiquita allen 5.000 Saisonarbeitern und 1.500 der 6.500 Festangestellten kündigte. Sie haben weitergestreikt, bis die Regierung letztlich einknickte und ihre 2017 erkämpften Rechte wieder eingeführt hat.

Ermutigt durch deren Erfolg haben nun auch weitere Berufsgruppen, weitere Regionen sowie indigene Gemeinden den Kampf aufgenommen und Straßenbarrikaden errichtet. Auch die Arbeiter

der Bananenplantagen sind wieder dabei, die nun für die Wiedereinstellung der Entlassenen kämpfen. Die Regierung hat 1.300 Einsatzkräfte und paramilitärische Einheiten in die Aufstandsregionen geschickt, um die Streiks und Straßenblockaden aufzulösen – bislang ohne Erfolg.

Der Kampf geht weiter. Und er macht deutlich, dass die Arbeitenden sich die in vielen Ländern geplanten Angriffe auf die Rente nicht einfach so gefallen lassen müssen.

Deutsche Wirtschaft:

Es gibt ein großes Wachstum... an Milliardären

Während allein in der Industrie über 100.000 Arbeiter*innen im letzten Jahr ihren Job verloren haben, sind die Reichen in Deutschland noch reicher geworden. Mittlerweile gibt es 3.900 Superreiche (mit mehr als 100 Millionen Dollar Finanzvermögen). Das sind noch einmal 500 mehr als im letzten Jahr. Auf der ganzen Welt gibt es nur in den USA und China noch mehr Superreiche als in Deutschland.

Diese 3.900 Großkapitalisten besitzen mittlerweile ein Drittel des gesamten Finanzvermögens in Deutschland! Und das sind genau diejenigen, die laut der Regierung unbedingt „entlastet“ werden müssten... weil sonst angeblich die Wirtschaft vor die Hunde gehen würde.



*Die BMW-Besitzer Qandt und Klatten, zwei der reichsten Deutschen:
SIE haben allen Grund zu lachen.*

VW: Wir sind alle Leiharbeiter

Bei VW in Hannover stand am 13. Juni eine Stunde lang spontan ein Teil der Endmontage still, als 150 der 300 Leiharbeiter per Mail (!) ihre sofortige Kündigung bekommen haben. Aus Empörung und Solidarität haben daraufhin auch zahlreiche Festangestellte aufgehört zu arbeiten.

Die Werksleitung war wohl davon ausgegangen, dass angesichts von 35.000 Stellen, die gerade vernichtet werden, das Gegenteil passiert und jeder Festangestellte denkt „Lieber die Leiharbeiter als wir“. Doch die massiven Angriffe der Konzernleitung haben auch spürbar gemacht, dass jeder morgen entlassen werden kann und ein Angriff auf die einen ein Angriff auf alle ist.

Das Geld bleibt in der (einen) Familie

Der Tengelmann-Konzern, dem auch KIK oder Obi gehören, schließt seine Firma Babymarkt – und setzt alle 400 Beschäftigten in Bochum, Duisburg und Dortmund auf die Straße.

Tengelmann behauptet, es ginge nicht anders, sie würden mit dieser Tochterfirma Verluste machen. Doch wer soll das überprüfen? Tengelmann lässt keinerlei Kontrolle seiner Bücher zu. Und da es ein Familienunternehmen ist, müssen sie (anders als Aktiengesellschaften) nicht mal offizielle Zahlen vorlegen.

Das einzige, was die Beschäftigten bei Babymarkt, KIK und Co. sicher wissen, ist... dass die Familie Tengelmann dank ihrer Ausbeutung zu den reichsten Familien Deutschlands zählt.

Die Kapitalisten gehören entlassen!

In der Industrie (bei Bayer, Ford, VW, Evonik und Co.) werden Löhne gedrückt, Kollegen entlassen und ganze Werke geschlossen, weil angeblich nur durch diese „Kostensenkung“ die Industrie „gerettet“ werden könne.

Und dann schließen Einzelhandelskonzerne wie Lidl oder Aldi dutzende Filialen oder ganze Firmen... eben weil durch all diese Entlassungen und Lohnkürzungen die Leute weniger Geld zum Einkaufen haben.

Dieses Wirtschaftssystem ist nicht mehr zu retten! Um uns zu retten, müssen wir es stürzen.

Haushalts-Strom

Die CDU-SPD-Regierung hatte versprochen, die Stromsteuer fast komplett abzuschaffen und die Stromkosten für Alle um mindestens 5 Cent pro Kilowattstunde zu senken. Das war eines ihrer zentralen Versprechen.

Doch im neuen Haushalt will die Regierung die Stromsteuer auf einmal nur noch für die Industrie und Landwirtschaft senken. Für alles andere wäre „kein Geld da“.

Arbeitende, Rentner, Bürgergeldempfänger werden weiterhin erdrückt von den enorm hohen Stromkosten, während den milliardenschweren Industrie- und Agrarkonzernen weitere Millionen in die Kasse gespült werden. Für die ist nämlich im Haushalt der Regierung immer – und zwar viel – Geld da.

Teure Pillen

Die Krankenkassen erhöhen ihre Zusatzbeiträge, gleich mehrfach. Und für 2027 hat die Regierung außerdem größere Sparmaßnahmen in der Krankenversorgung angekündigt. Alles, weil „die Kassen leer sind“.

Der Chef der Techniker Krankenkasse hat verraten warum: „Ein großer Treiber sind die Medikamentenpreise. Allein 2024 stiegen die Ausgaben hier um 10%. Sie haben sogar die Ausgaben für ärztliche Versorgung überholt.“

Kein Wunder: Kein Land außer den USA zahlt den Pharmakonzernen so viel für patentgeschützte Medikamente wie Deutschland. Der Krankenkassen-Chef gibt zu, dass die Medikamente nach Ablauf des Patent-Schutzes 95% billiger werden und die Konzerne selbst dann noch Profit damit machen.

Die Antwort liegt also auf der Hand: Statt Beitragserhöhungen oder Leistungskürzungen – die Pharmakonzerne zwingen, ihre Bücher und Konten offenzulegen und ihre Preise kontrollieren!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

*Das Rote Tuch kann man auch
abonnieren, für 14 € pro Jahr!*